

## Dringlichkeitsantrag 1

der Abgeordneten **Horst Arnold, Klaus Adelt, Doris Rauscher, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayer, Margit Wild, Inge Aures** und **Fraktion (SPD)**

### **Kommunen schlagen Alarm: Kita-Ausbau gerät ins Stocken**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, das Sonderinvestitionsprogramm für Kinderbetreuung fortzuführen und im Entwurf für den Nachtragshaushalt Mittel für zusätzliche 30.000 Plätze einzuplanen.

#### **Begründung:**

Der Ministerrat hat am 3.9.2019 für das Sonderinvestitionsprogramm zur Schaffung von Betreuungsplätzen für Kinder im Alter von 0 bis 6 Jahren eine Erweiterung um 8.000 auf 50.000 Plätze beschlossen, obwohl bereits Anfang September Anträge für rund 23.000 zusätzliche Plätze vorlagen. Das Programm war also von Anfang an dreifach überzeichnet. Hier zeigt sich wieder deutlich, dass die Staatsregierung den drängenden Aufgaben der Zeit hinterherhinkt. Viele Städte und Gemeinden schlagen jetzt Alarm, da keine Förderzuschläge mehr bewilligt werden. Der Ausbau der Kindertageseinrichtungen gerät ins Stocken, weil die Finanzierung der Bauprojekte mit hohem Investitionsbedarf nicht gesichert ist (vgl. Pressemitteilung des Bay. Städtetags vom 19.11.2019). Auch die kommunalen Spitzenverbände sehen hier den Freistaat in der Verantwortung und erwarten eine Fortführung des Programms. Es ist nicht hinnehmbar, die Kommunen mit diesen Herausforderungen alleine zu lassen.

Die Planung der Staatsregierung war völlig unzureichend. Es geht hier um eine Weichenstellung für die Zukunft des Landes. Die Staatsregierung hat die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sicherzustellen. Es ist unzumutbar, dass Eltern in Angst leben müssen, weil sie nicht wissen, ob sie für ihr Kind einen Kita-Platz bekommen. Es braucht hier endlich einen großen Wurf statt der derzeitigen Salami-Taktik, ein paar Plätze einzuplanen, die eh längst beantragt sind. Völlig zu Recht stellt der Präsident des Städtetags, Oberbürgermeister Dr. Kurt Gribl (CSU) dazu fest: „Eltern und Kommunen erwarten, dass der Freistaat für Planungssicherheit sorgt und die Kontinuität der Förderung für neue Kitaplätze garantiert.“

Es ist daher dringend erforderlich, dass das Sonderinvestitionsprogramm fortgeführt wird. Dabei sollten Mittel für zusätzliche 30.000 Plätze eingestellt werden, damit eine planbare und verlässliche Förderung sichergestellt ist.